

Energie, Klima, Umwelt | Klima

# Klimapolitik nach Dubai

vbw

Kurzstudie  
Stand: Januar 2024

Die bayerische Wirtschaft



Hinweis

Zitate aus dieser Publikation sind unter Angabe der Quelle zulässig.

## Vorwort

### Klimagipfel in Dubai setzt wichtige Impulse für globalen Klimaschutz

Das Erreichen von Klimaneutralität ist eine der zentralen Menschheitsaufgaben unserer Zeit. Auch der Weg dorthin muss nachhaltig gestaltet werden, die ökonomischen und sozialen Belange müssen dabei in den Blick genommen werden. Wir analysieren mit unserer Kurzstudie erneut, inwieweit die Beschlüsse der Weltklimakonferenzen zur Erarbeitung und Umsetzung möglichst effektiver und effizienter Lösungsoptionen beitragen.

Die EU verfolgt bereits ambitionierte Klima- und Energieziele. Jetzt müssen andere große Emittenten nachziehen und vergleichbar starke Klimabeiträge vorlegen. Nur so erreichen wir ein internationales Level-Playing-Field und damit faire Wettbewerbsbedingungen für die Unternehmen in der EU, in Deutschland und Bayern. Vor diesem Hintergrund ist es ein wichtiges Signal, dass mit der UN-Klimakonferenz in Dubai erstmals alle Staaten zu einer Abkehr von Kohle, Öl und Gas und zu einem deutlichen Ausbau erneuerbarer Energien aufgefordert werden.

Effektiver Klimaschutz wird nur durch internationale Kooperation gelingen. Der offizielle Start des Klimaklubs ist daher sehr zu begrüßen. Auch die neuen Zusagen zur Klimafinanzierung und die Operationalisierung des *Loss and Damage Fund* sind positiv zu bewerten. Alle großen Emittenten haben sich dazu verpflichtet, in diesen Fonds einzuzahlen.

Bedauerlich ist, dass die Verhandlungen zum globalen Marktmechanismus gescheitert sind. Das Instrument bietet die Chance, Emissionen dort zu mindern, wo dies am kostengünstigsten umsetzbar ist. Die technischen Details für die Operationalisierung des Mechanismus müssen bei der nächsten UN-Klimakonferenz geklärt werden.

Bertram Brossardt  
29. Januar 2024



# Inhalt

<b>Das Wichtigste in Kürze</b>	<b>1</b>
<b>1 Globale Bestandsaufnahme</b>	<b>2</b>
1.1 Mechanismus der globalen Bestandsaufnahme	2
1.2 Berichte zu Emissionsentwicklung und Emissionslücke	3
1.3 Ergebnisse der globalen Bestandsaufnahme	6
1.4 Engagement der größten Emittenten	8
1.4.1 EU	8
1.4.2 USA	9
1.4.3 China	10
1.4.4 Indien	11
1.5 Bewertung der vbw	11
<b>2 Abkehr von fossilen Brennstoffen</b>	<b>12</b>
2.1 Zentrale Ergebnisse der G7- und G20-Treffen im Vorfeld	12
2.2 Beschlüsse der UN-Klimakonferenz in Dubai zur Energiewende	12
2.3 Bewertung der vbw	13
<b>3 Klimafinanzierung</b>	<b>14</b>
3.1 Lösungen für den Umgang mit klimabedingten Schäden und Verlusten	14
3.2 Weitere Zusagen für die Klimafinanzierung	14
3.3 Bewertung der vbw	17
<b>4 Globaler Marktmechanismus für den Klimaschutz</b>	<b>18</b>
4.1 Inhalt des Weltklimavertrags und Funktionsweise	18
4.2 Bewertung der vbw	19
<b>5 Klimaclub und neue internationale Initiativen</b>	<b>20</b>
5.1 Neue Initiativen in Dubai	20
5.2 Bewertung der vbw	21

6	Ausblick	22
	Ansprechpartner/Impressum	23

## Das Wichtigste in Kürze

### UN-Klimakonferenz in Dubai sendet wichtige Signale für den Klimaschutz

#### **Globale Bestandsaufnahme**

Bei der 28. UN-Klimakonferenz in Dubai fand die erste globale Bestandsaufnahme statt. Diese kam zu dem Schluss, dass das Klimaengagement der Staaten weiter nicht ausreicht, um die Ziele des Weltklimavertrags zu erreichen. Alle Staaten werden aufgefordert, auf die Ergebnisse der Bestandsaufnahme zu reagieren, indem sie ihre 2030-Klimaziele nachschärfen und neue Ziele für das Jahr 2035 festlegen, die mit dem 1,5-Grad-Ziel in Einklang stehen.

#### **Abkehr von fossilen Brennstoffen und Verdreifachung erneuerbarer Energien**

Um den Abschlusstext der Konferenz wurde lange gerungen. Dieser fordert nun erstmals alle Staaten zur Abkehr von fossilen Brennstoffen auf. Ferner sollen sie bis 2030 die globalen Kapazitäten erneuerbarer Energien verdreifachen und die Energieeffizienzmaßnahmen verdoppeln. Auch die Förderung emissionsarmer und -freier Technologien wird als wichtige Maßnahme erachtet, um das 1,5-Grad-Ziel zu erreichen.

#### **Internationales Level Playing Field**

Die EU fungiert mit ihrem ambitionierten Klimabeitrag als Vorreiter. Es ist wichtig, dass jetzt andere Länder nachziehen. Vor allem große Emittenten wie China sind aufgefordert, ihr Ambitionslevel nachzuschärfen. Dies ist für ein globales Level Playing Field entscheidend. Ebenso wichtig sind internationale Kooperationen beim Klimaschutz, wie der offizielle Start des Klimaclubs und die in Dubai gestarteten Initiativen.

#### **Einigungen über Klimafinanzierung**

Darüber hinaus wurde eine Einigung über einen Fonds für die Bewältigung von *Loss and Damage* erzielt. Alle großen Emittenten und damit auch China müssen Gelder für den Fonds bereitstellen. Zudem gab es neue Zusagen für den Green Climate Fund, den Anpassungsfonds und weitere Klimafonds. Nun gilt es die Ausgestaltung des Klimafinanzierungsziels für die Zeit ab 2025 zu finalisieren.

#### **Keine Fortschritte beim globalen Marktmechanismus**

Die technischen Feinheiten zur Anwendung des globalen Marktmechanismus müssen rasch ausgearbeitet werden. Das Instrument muss möglichst schnell operationalisiert werden, damit Gutschriften für den freiwilligen Markt zur Verfügung stehen. Beispielsweise gilt es die Details zur Umsetzung von *corresponding adjustments* zu klären, die Doppelzählungen von Emissionsminderungen wirksam ausschließen sollen.

# 1 Globale Bestandsaufnahme

## 1,5-Grad-Ziel wird mit aktuellem Klimaengagement weiter verfehlt

Vom 30. November bis zum 13. Dezember 2023 fand die 28. UN-Klimakonferenz in Dubai, Vereinigte Arabische Emirate, statt. Im Rahmen des Gipfels wurde die erste *globale Bestandsaufnahme* abgeschlossen. Mit dieser wurden erstmalig seit Inkrafttreten des Weltklimavertrags die Fortschritte bei der Erreichung der Ziele des Abkommens umfassend geprüft:

- Begrenzung der Erderwärmung auf möglichst 1,5 Grad Celsius
- Erhöhung der Anpassungs- und Widerstandsfähigkeit gegenüber dem Klimawandel
- Bereitstellung von Finanzmitteln für Klimaschutz und -anpassungsaktivitäten

### 1.1 Mechanismus der globalen Bestandsaufnahme

Die Ziele des Weltklimavertrags sollen erfüllt werden, indem alle Staaten ambitionierte nationale Klimabeiträge, sog. *Nationally Determined Contributions* (NDCs), festsetzen. Mit den Klimabeiträgen werden z. B. Emissionsminderungsziele sowie Pläne für die Erreichung dieser Ziele in den einzelnen Staaten definiert.

Die ersten nationalen Klimabeiträge wurden im Jahr 2020 vorgelegt und bezogen sich auf das Zieljahr 2030. Die NDCs sind im Fünf-Jahres-Rhythmus kontinuierlich fortzuschreiben. Die nachfolgenden Beiträge müssen jeweils ambitionierter sein als die vorangegangenen. Im Jahr 2025 sind folglich aktualisierte NDCs für das Jahr 2035 vorzulegen.

Jeweils zwei Jahre vor der Einreichung der aktualisierten Klimabeiträge findet eine *globale Bestandsaufnahme* statt (siehe Abbildung 1). In deren Rahmen werden die Fortschritte bei Klimaschutz, Anpassung an den Klimawandel sowie Klimafinanzierung und Technologietransfer bewertet. Die Ergebnisse der globalen Bestandsaufnahme sollen die Staaten bei der Festsetzung ihrer NDCs und bei klimapolitischen Entscheidungen unterstützen.

#### Hinweis

---

Die globale Bestandsaufnahme ist auch für die Ausrichtung der EU-Klimapolitik von Bedeutung: So sieht das EU-Klimagesetz vor, dass die Klimaschutzfortschritte der EU parallel zur globalen Bestandsaufnahme im Fünf-Jahres-Rhythmus überprüft werden. Sofern die Aktivitäten der EU und ihrer Mitgliedstaaten nicht in Einklang mit dem anvisierten Klimazielpfad stehen, können neue Maßnahmen initiiert werden. Hierbei sollen auch die internationalen Entwicklungen und Fortschritte beim Klimaschutz berücksichtigt werden. Zudem soll innerhalb von sechs Monaten nach der ersten globalen Bestandsaufnahme das Zwischenklimaziel der EU für das Jahr 2040 festgelegt werden.



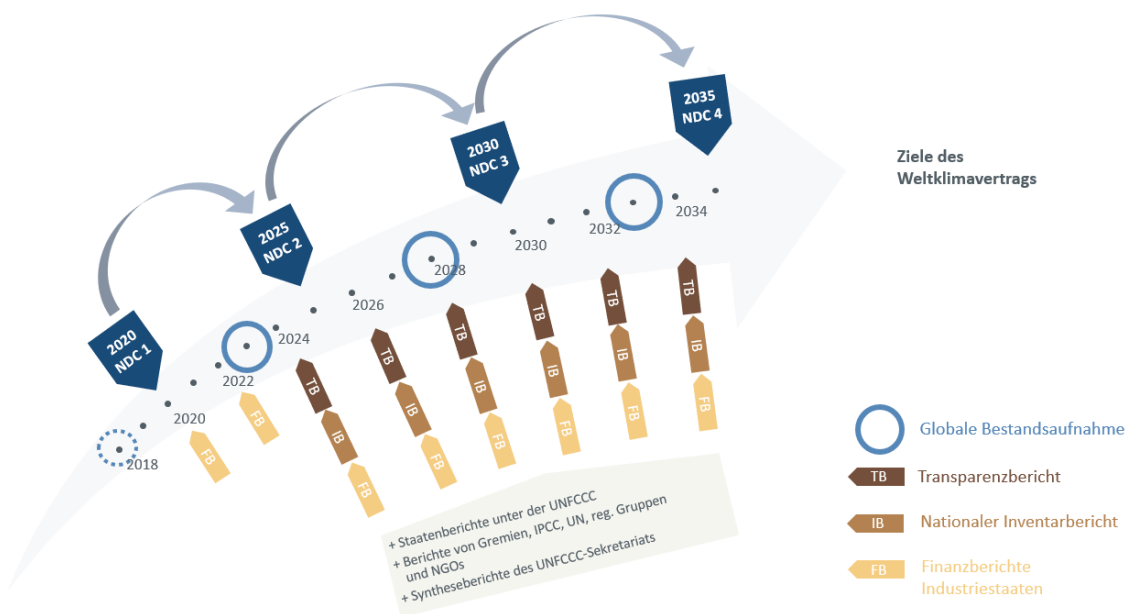
Der Prozess der ersten globalen Bestandsaufnahme erstreckte sich über die Jahre 2021 bis 2023 und wurde bei der UN-Klimakonferenz in Dubai abgeschlossen.

Er bestand aus drei Phasen:

- Phase 1: Informationssammlung
- Phase 2: Technische Dialoge zur Bewertung und Aufarbeitung der gesammelten Informationen
- Phase 3: Beratung der Ergebnisse: Identifizierung der Herausforderungen und Chancen der Ambitionssteigerung und mögliche Maßnahmen

Abbildung 1

### Globale Bestandsaufnahme: Mechanismus zur Ambitionssteigerung



Quelle: Eigene Darstellung

Als Informationsbasis für die erste globale Bestandsaufnahme fungierten unter anderem die Finanzberichte der Staaten, die Syntheseberichte des UN-Klimasekretariats, die jüngsten Berichte des Weltklimarates sowie klimarelevante Berichte der Vereinten Nationen.

## 1.2 Berichte zu Emissionsentwicklung und Emissionslücke

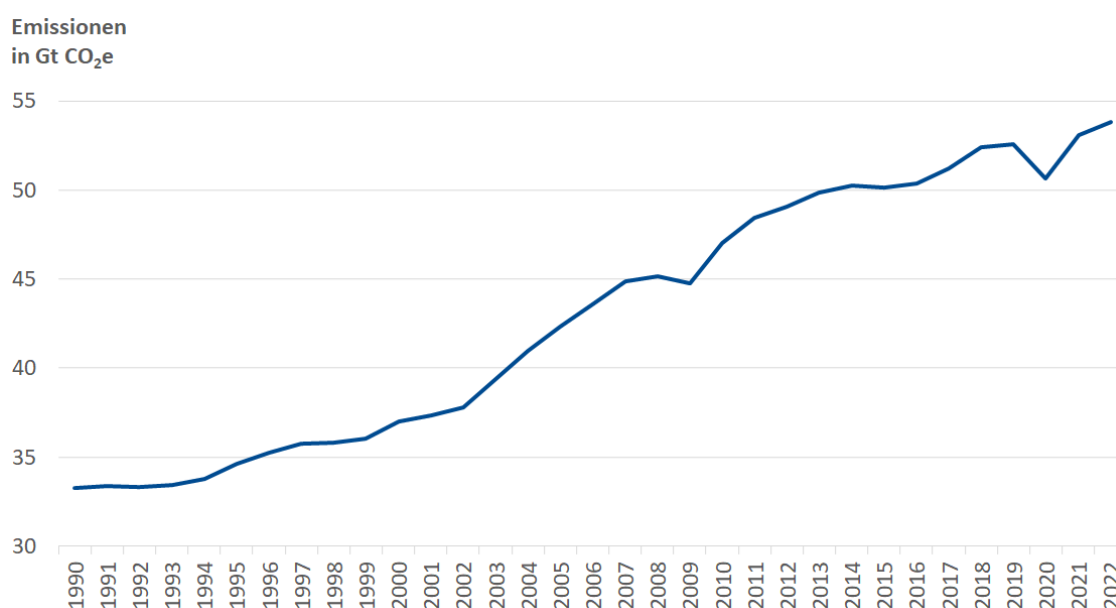
Bereits im Vorfeld der 28. UN-Klimakonferenz kamen diverse Berichte und Studien zu dem Ergebnis, dass die derzeitigen Klimaschutzbestrebungen der Staaten weiterhin nicht ausreichen, um das 1,5-Grad-Ziel einzuhalten.

Die Weltwetterorganisation (World Meteorological Organization – WMO) hat mit ihrem Bericht *State of the Global Climate 2022* dargelegt, dass die Konzentration der Treibhausgase CO<sub>2</sub>, CH<sub>4</sub> und N<sub>2</sub>O im Jahr 2022 weiter angestiegen ist. Laut WMO erreichte der durchschnittliche weltweite CO<sub>2</sub>-Gehalt der Atmosphäre 2022 einen neuen Höchststand von 417,9 parts per million (ppm). Ende November 2023 legte die WMO einen weiteren Bericht vor, nach dem das Jahr 2023 voraussichtlich das wärmste Jahr seit Beginn der Wetteraufzeichnungen war. Gemäß den bis Ende Oktober 2023 vorliegenden Daten lag die globale Durchschnittstemperatur im Jahr 2023 1,4 Grad Celsius über dem vorindustriellen Niveau.

Nach der *Emissions Database for Global Atmospheric Research* (EDGAR) der Europäischen Kommission wurden im Jahr 2022 weltweit rund 53,8 Gigatonnen (Gt) CO<sub>2</sub>-Äquivalente (CO<sub>2</sub>e) emittiert. Dies entspricht gegenüber dem Vorjahr einem Anstieg der Emissionen um 1,4 Prozent. Damit lagen die globalen Treibhausgasemissionen im Jahr 2022 um 2,3 Prozent über den Emissionen von 2019 und damit über dem Emissionsniveau vor der Pandemie (siehe Abbildung 2).

Abbildung 2

Entwicklung der globalen Treibhausgasemissionen zwischen 1990 und 2022



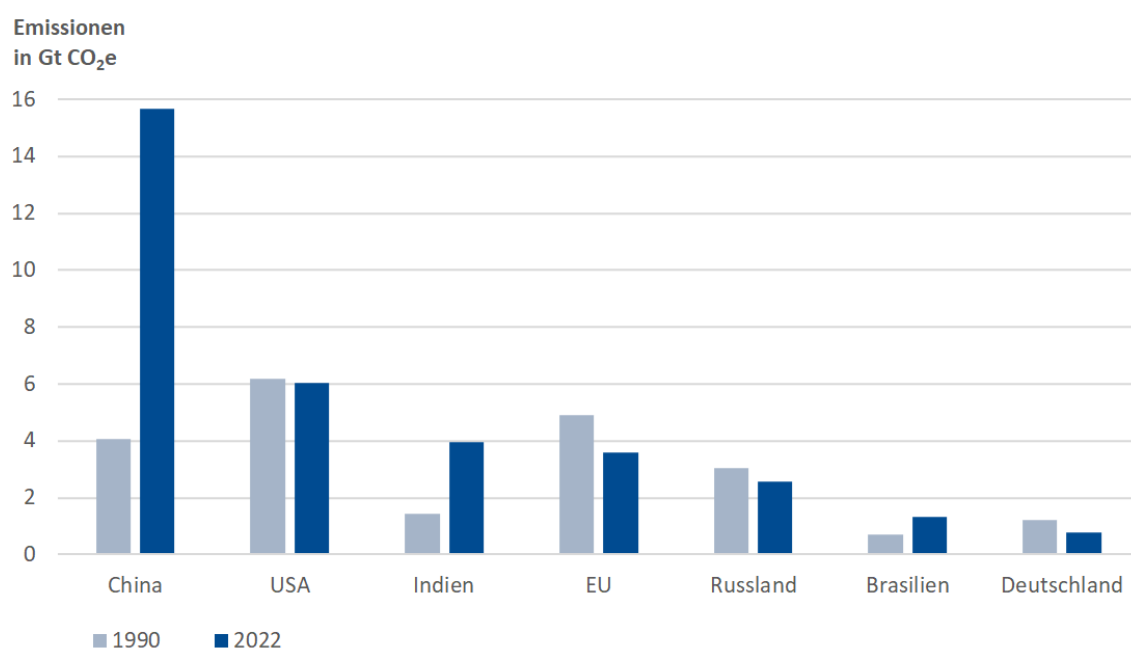
Quelle: Eigene Darstellung gemäß Daten der Emissions Database for Global Atmospheric Research

Laut der Internationalen Energie-Agentur (IEA) lagen allein die globalen energiebezogenen CO<sub>2</sub>-Emissionen 2022 bei 36,8 Gt CO<sub>2</sub> und damit etwa 0,3 Gt CO<sub>2</sub> bzw. knapp 1 Prozent über dem Vorjahresniveau. Während die Emissionen aus Industrieprozessen um 102 Millionen Tonnen (Mio. t) zurückgingen, sind die Emissionen aus der Energieverbrennung um 423 Mio. t CO<sub>2</sub> gestiegen. Im Zuge der weltweiten Energiekrise und der Invasion Russlands in die Ukraine stiegen die Emissionen durch den Einsatz von Kohle um 1,6 Prozent bzw.

243 Mio. t CO<sub>2</sub> und damit auf ein neues Allzeithoch von 15,5 Gt CO<sub>2</sub>. Der verstärkte Ausbau erneuerbarer Energien hat den Emissionsanstieg durch Kohle begrenzt. So stieg die Erzeugung von Strom durch Solar- und Windenergie jeweils um rund 275 Terawattstunden (TWh), was einen neuen Rekord bedeutet.

Abbildung 3

Treibhausgasemissionen der größten Emittenten 1990 vs. 2022



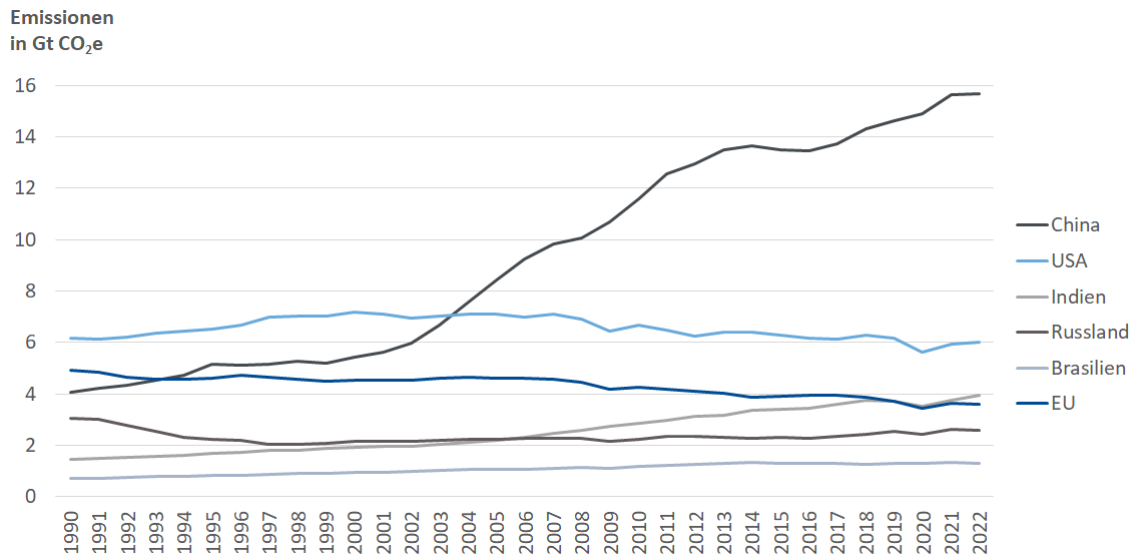
Quelle: Eigene Darstellung gemäß Daten der Emissions Database for Global Atmospheric Research

Zu den sechs weltweit größten Treibhausgasemittenten zählen China, die USA, Indien, die EU, Russland und Brasilien. Die sechs Akteure repräsentieren 50 Prozent der Weltbevölkerung, 67 Prozent des weltweiten Bruttoinlandsprodukts und 63 Prozent des globalen Verbrauchs fossiler Brennstoffe. Deutschland ist mit einem Anteil von 22 Prozent bzw. rund 784 Mio. t CO<sub>2</sub>e der größte Emittent der EU und belegt Rang elf der weltweit größten Treibhausgasemittenten (siehe Abbildung 3).

Drei der sechs weltweit größten Emittenten, die USA, Indien und China, wiesen 2022 gegenüber dem Vorjahr höhere Treibhausgasemissionen auf: Indien verzeichnete mit fünf Prozent den größten relativen Anstieg, während die Emissionen in China lediglich um 0,3 Prozent stiegen. (siehe Abbildung 4).

Abbildung 4

Entwicklung der Emissionen der größten Emittenten 1990 bis 2022



Quelle: Eigene Darstellung gemäß Daten der Emissions Database for Global Atmospheric Research

Im März 2023 wurde der Synthesebericht des 6. Sachstandsberichts des Weltklimarates (Intergovernmental Panel on Climate Change – IPCC) vorgelegt. Laut dem Bericht machen es die 2021 festgelegten nationalen Klimaziele der Vertragsstaaten des Weltklimavertrags wahrscheinlich, dass die Erwärmung im Laufe des 21. Jahrhunderts die 1,5-Grad-Marke überschreitet. Trotz aller negativer Prognosen unterstreicht der IPCC, dass eine schnelle und tiefgreifende Minderung der Emissionen innerhalb von etwa zwei Jahrzehnten zu einer nachweisbaren Verlangsamung der Erderwärmung führen würde.

Das United Nations Environment Programme (UNEP) stellte im November 2023 seinen *Emissions Gap Report 2023* vor. Der Bericht beziffert die Emissionslücke für das Jahr 2030 zwischen dem derzeitigen Klimaschutzmanagement und dem 1,5-Grad-Zielpfad auf 19 bis 27 Gt CO<sub>2</sub>e. Basierend auf den aktuellen politischen Zielen und Vorgaben befindet sich die Welt laut UNEP bis zum Ende des Jahrhunderts auf dem Weg hin zu einem Temperaturanstieg von drei Grad Celsius. Selbst wenn die Staaten ihre angekündigten Bestrebungen konsequent umsetzen, würde die Temperatur um 2,5 Grad Celsius ansteigen, so das UNEP.

### 1.3 Ergebnisse der globalen Bestandsaufnahme

Im September 2023 veröffentlichte das UN-Klimasekretariat seinen Bericht zur globalen Bestandsaufnahme. Dieser kommt ebenfalls zu dem Ergebnis, dass die nationalen Klimabeiträge der Vertragsstaaten weiterhin nicht ausreichen, um die Ziele des Weltklimavertrags zu erreichen.

Die Klimaschutzambitionen und -maßnahmen führen aktuell zu einer Verfehlung des 1,5-Grad-Ziels. Die derzeitigen NDCs würden bis 2030 zu lediglich zu einer Minderung der weltweiten Emissionen um zwei Prozent gegenüber 2019 führen, so der Bericht. Nach dem IPCC ist bis 2030 eine Emissionsminderung um 43 Prozent gegenüber 2019 erforderlich, damit das 1,5-Grad-Ziel eingehalten wird. Auch die Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel seien unzureichend. Ferner müssten deutlich mehr Gelder für die Klimafinanzierung bereitgestellt werden.

Die Staaten sind aufgefordert, auf die Ergebnisse der Bestandsaufnahme zu reagieren, in dem sie das Ambitionslevel ihrer NDCs steigern und neue Mittel für die Klimafinanzierung zusagen.

In Dubai wurden nochmals alle Staaten aufgefordert, bis Ende 2024 ihre 2030-Klimaziele nachzuschärfen und auf das 1,5-Grad-Ziel auszurichten. Zudem sollen sie bis 2025 ambitionierte NDCs für das Jahr 2035 vorlegen. Hierbei sollen sie die Ergebnisse der Bestandsaufnahme entsprechend berücksichtigen. Die neuen Klimabeiträge für das Jahr 2035 sollen alle Treibhausgase und Sektoren einschließen und mit dem 1,5-Grad-Ziel kompatibel sein.

#### Hinweis

---

Die NDCs werden von den Staaten in Form einer Selbstverpflichtungen festgelegt. Mit der Unterzeichnung des Weltklimavertrags haben sich die Staaten dazu verpflichtet, Klimabeiträge festzusetzen und alle fünf Jahre zu überarbeiten. Sie sind jedoch nicht verpflichtet, die NDCs auch umzusetzen.

Die nationalen 2030-Klimabeiträge sind nur schwer vergleichbar, da verschiedene Basisjahre zugrunde gelegt werden. So beziehen beispielsweise die EU und Russland ihr Klimaziel auf das Basisjahr 1990. Andere Länder wie die USA und Brasilien nutzen 2005 als Basisjahr (siehe Tabelle 1).

Tabelle 1

## NDCs der größten Treibhausgasemittenten

	Aktuelle NDC	Basisjahr
EU	Treibhausgasminderung -55 % bis 2030	1990
USA	Treibhausgasminderung -50 bis -52 % bis 2030	2005
China	Peak CO <sub>2</sub> -Emissionen vor 2030; Senkung CO <sub>2</sub> -Emissionen je BIP-Einheit um 65 % bis 2030	2005
Indien	Senkung Emissionsintensität 45 % bis 2030	2005
Russland	Treibhausgasminderung -30 % bis 2030	1990
Brasilien	Treibhausgasminderung um -53,1 % bis 2030	2005

## 1.4 Engagement der größten Emittenten

China, die USA, Indien und die EU sind die vier weltweit größten Treibhausgasemittenten. Im Jahr 2022 waren sie für knapp 54 Prozent der globalen Treibhausgasemissionen verantwortlich. Deren Klimaschutzengagement wirkt sich folglich maßgeblich auf den globalen Klimaschutz aus. Wenn die größten Emittenten mit ambitionierten Klimazielen vorangehen, kann dies auch andere Staaten motivieren, angemessene Klimabeiträge festzusetzen. Speziell Indien kann hierbei als Vorbild für Entwicklungsländer fungieren.

China, die USA und die EU werden als Taktgeber der internationalen Klimapolitik angesehen. China und die USA nahmen die lange in Stocken geratenen Gespräche über den Klimaschutz kurz vor der 28. UN-Klimakonferenz wieder auf: Mitte November 2023 veröffentlichten die beiden Länder mit dem *Sunnyland Statement* ein Memorandum für mehr Zusammenarbeit beim Klimaschutz. Die beiden verständigten sich u. a. darauf, bei der Verringerung der Methanemissionen stärker zu kooperieren und ihre nationalen Klimabeiträge auf alle Treibhausgase auszuweiten.

### 1.4.1 EU

Die EU hat bereits Ende 2020 ihr 2030-Klimaziel verschärft und ihre aktualisierte NDC beim UN-Klimasekretariat eingereicht: Bis 2030 sollen die Emissionen der EU um mindestens 55 Prozent gegenüber 1990 sinken. Treibhausgasneutralität wird bis 2050 angestrebt. Diese Ziele sind auch im EU-Klimagesetz verbindlich verankert.

Um sicherzustellen, dass das 2030-Klimaziel erreicht wird, wurde ein umfassendes Klimapaket – das *Fit-for-55-Paket* – auf den Weg gebracht. Weite Teile des Pakets sind zwischenzeitlich verabschiedet und in Kraft.

Beispielsweise wurden Verschärfungen im EU-Emissionshandel (EU-ETS) vorgenommen. Zudem wurde die Einführung eines separaten Emissionshandelssystems für die Sektoren Wärme und Straßenverkehr beschlossen. Ferner wird ein CO<sub>2</sub>-Grenzausgleichsmechanismus (Carbon Border Adjustment Mechanism – CBAM) implementiert. Dieser zielt darauf ab, die Verlagerung von CO<sub>2</sub>-Emissionen in Nicht-EU-Länder mit geringeren Klimaschutzauflagen, zu vermeiden. Importeure bestimmter Produkte müssen künftig für die Emissionen, die bei deren Herstellung anfallen, CO<sub>2</sub>-Zertifikate erwerben. Deren Preis wird sich an den Zertifikatspreisen im EU-ETS bemessen. Der CBAM soll zunächst nur für Importprodukte aus den Sektoren Zement, Strom, Düngemittel, Eisen und Stahl sowie Aluminium greifen. Für diese Sektoren wird das Instrument schrittweise die im Rahmen des EU-ETS gewährte kostenfreie Zuteilung ersetzen.

Im Jahr 2022 hat die EU öffentliche Mittel in Höhe von rund 28,5 Milliarden Euro für die internationale Klimafinanzierung bereitgestellt. Dies entspricht fast einem Drittel der insgesamt zugesagten Finanzmittel. Damit ist die EU der größte Geber.

#### 1.4.2 USA

Mit US-Präsident Joseph Biden hat die US-Klimapolitik eine Kehrtwende erfahren. Die USA traten nach dem Amtseintritt Bidens wieder in den Weltklimavertrag ein. Ende April 2021 präsentierte Biden den neuen Klimabeitrag der USA unter dem Weltklimavertrag: Danach sollen die Emissionen der Vereinigten Staaten bis 2030 um 50 bis 52 Prozent gegenüber 2005 sinken. Bis 2050 wird Klimaneutralität angestrebt. Darüber hinaus soll die Stromerzeugung bis 2035 zu 100 Prozent CO<sub>2</sub>-frei sein.

Um diese ambitionierten Ziele zu erreichen, Arbeitsplätze zu schaffen und gleichzeitig die US-amerikanische Wirtschaft zu modernisieren, wurde im August 2022 der *Inflation Reduction Act* vorgelegt. Dieser sieht Investitionen in Höhe von 369 Milliarden US-Dollar für den Klimaschutz und die Stärkung der Energiesicherheit vor. Die in dem Gesetz enthaltenen Maßnahmen sollen dazu beitragen, die Emissionen bis 2030 um 40 Prozent gegenüber 2005 zu senken. Das Gesetz baut im Wesentlichen auf steuerliche Anreize, um den Ausbau erneuerbarer Energien, Energiespeicher, saubere Brennstoffe und Fahrzeuge zu unterstützen.

Auch in den USA wird über die Einführung eines CO<sub>2</sub>-Grenzausgleichs diskutiert. Im Juni 2022 wurde seitens einiger Demokraten im Kongress ein Entwurf für einen *Clean Competition Act (CCA)* vorgelegt. Dieser sieht ab dem Jahr 2024 eine Steuer auf Importprodukte aus energieintensiven Industrien (u. a. fossile Brennstoffe, Düngemittel, Zement und Stahl) vor. Ab dem Jahr 2026 soll das Instrument auf importierte Endprodukte ausgeweitet werden, die mindestens 500 Pfund der erfassten energieintensiven Produkte erhalten. Ab 2028 soll diese Grenze auf 100 Pfund abgesenkt werden. Die Höhe der Abgabe soll sich an

der Differenz der industriespezifischen CO<sub>2</sub>-Intensität im Herkunftsland und der CO<sub>2</sub>-Intensität in den USA bemessen. Zum Start des Instruments soll pro Tonne CO<sub>2</sub> eine Abgabe von 55 US-Dollar erhoben werden. Auch inländische Produzenten der betroffenen Produkte, deren Emissionsintensität über dem US-Durchschnitt liegt, sollen eine entsprechende Abgabe entrichten.

Von republikanischer Seite wurde von Senator Bill Cassidy im November 2023 ein Entwurf eines *Foreign Pollution Fee Act (FPFA)* vorgelegt. Dieser konzentriert sich ausschließlich auf importierte Energie- und Industrieprodukte und erhebt nicht den Anspruch, ein Regulierungsprogramm zur Emissionsreduktion der eigenen Wirtschaft zu sein. Das Ziel ist, die Emissionen in den US-Handelsströmen zu reduzieren. Unter den FPFA sollen alle Importgüter fallen, deren Emissionsintensität zehn Prozent höher ist als die eines vergleichbaren US-Produkts. Für den Import ist eine ebenfalls variable Gebühr zu entrichten, die von der Höhe der Differenz zwischen der Emissionsintensität des ausländischen Produkts und des US-Produkts abhängt.

Die USA streben an, die Mittel für die internationale Klimafinanzierung bis 2024 zu vervierfachen, d. h. auf mindestens elf Milliarden US-Dollar pro Jahr zu erhöhen. Davon sollen drei Milliarden US-Dollar für die Klimaanpassung bereitgestellt werden. Nach vorläufigen Schätzungen werden die Beiträge für die Klimafinanzierung in 2023 9,5 Milliarden US-Dollar übersteigen.

### 1.4.3 China

Chinas Präsident Xi Jinping legte 2021 die neue NDC Chinas vor, die das Ambitionsniveau der vorherigen Ziele etwas steigert: Noch vor 2030 sollen die CO<sub>2</sub>-Emissionen Chinas ihren Peak erreichen. Bis 2030 sollen die CO<sub>2</sub>-Emissionen pro BIP-Einheit um über 65 Prozent gegenüber 2005 sinken. Zudem möchte das Land noch vor 2060 CO<sub>2</sub>-Neutralität erreichen. Des Weiteren soll bis 2030 der Anteil nicht-fossiler Brennstoffe am Primärenergieverbrauch auf 25 Prozent steigen und die installierte Kapazität an Wind- und Solarenergie auf mehr als 1.200 Gigawatt erhöht werden.

Mit einem Anteil von 53 Prozent am weltweiten Kohleverbrauch ist China mit weitem Abstand der größte Konsument von Kohle sowie einer der größten Konsumenten von Öl und Gas, was die Volksrepublik zum größten CO<sub>2</sub>-Emittenten der Welt macht. Auch in Bezug auf die Produktion von Kohle rangiert China auf dem ersten Platz. Im April 2021 gab Jinping bekannt, dass China zwischen 2021 und 2025 den Anstieg des Kohleverbrauchs begrenzen würde. Im Jahr 2022 stieg der Kohleverbrauch gegenüber dem Vorjahr um 4,6 Prozent auf ein Allzeithoch von 4,5 Gt an.

China ist aber auch der weltweit größte Nutzer klimafreundlicher Technologien. So hatte das Land 2022 einen Anteil von 60 Prozent am weltweiten Absatz von Elektrofahrzeugen und einen Anteil von 50 bzw. 45 Prozent an den weltweiten Kapazitätserweiterungen bei Windenergie- bzw. PV-Anlagen.



Als zentrales Klimaschutzinstrument fungiert der chinesische Emissionshandel, der 2021 seinen Betrieb aufgenommen hat. Der Zertifikatspreis lag im Dezember 2023 bei rund 74,80 Yuan (ca. 9,60 Euro) pro t CO<sub>2</sub> und damit deutlich unter dem Preisniveau des europäischen Emissionshandels (durchschnittlicher Preis in 2023: 83,66 Euro pro t CO<sub>2</sub>). Das chinesische Handelssystem erfasst rund 2.200 Energieunternehmen, die mehr als vier Gt CO<sub>2</sub> emittieren (= rund ein Drittel der CO<sub>2</sub>-Emissionen Chinas). In den nächsten Jahren soll das System auf weitere Sektoren wie z. B. Zement, Aluminium, Stahl, Papier und Chemikalien ausgeweitet werden.

#### 1.4.4 Indien

Indien ist der weltweit drittgrößte Treibhausgasemittent. Die Pro-Kopf-Emissionen des Landes liegen mit rund 2,8 t CO<sub>2</sub>e jedoch deutlich unter dem globalen Durchschnitt (6,8 t CO<sub>2</sub>e pro Kopf). Infolge der Corona-Pandemie, die das Land besonders schwer traf, verzeichnete Indien im Jahr 2020 einen Emissionsrückgang um rund 5,7 Prozent gegenüber 2019). Verglichen mit 2020 stiegen die Emissionen im Jahr 2022 allerdings wieder um zwölf Prozent an, um einen neuen Höchststand von etwa 3,9 Gt CO<sub>2</sub>e zu erreichen.

Indien hat im August 2022 seine neue NDC vorgelegt. Danach sollen die Emissionen pro BIP-Einheit bis 2030 um 45 Prozent gegenüber 2005 sinken. Zudem sollen bis 2030 50 Prozent der Stromerzeugungskapazitäten auf erneuerbaren Energien basieren. Bis 2070 möchte das Land klimaneutral sein.

Derzeit basiert die Energieversorgung Indiens vor allem auf Kohle: Insgesamt deckt Kohle 55 Prozent des Primärenergiebedarfs des Landes ab. Seit 2007 hat sich der Kohleverbrauch Indiens mit einer jährlichen durchschnittlichen Wachstumsrate von 6 Prozent verdoppelt. Die Kohleproduktion hat im Jahr 2021 erstmals die Schwelle von 800 Millionen Tonnen erreicht. Laut IEA-Schätzung wird die Produktion im Jahr 2024 die Grenze einer Milliarde Tonnen überschreiten.

### 1.5 Bewertung der vbw

Aus Sicht der vbw müssen sich alle Staaten zu vergleichbaren Klimazielen verpflichten. Die EU fungiert mit ihrem ohnehin ambitionierten Klimabeitrag als Vorreiter. Es ist wichtig, dass andere Länder nachziehen. Vor allem große Emittenten wie China sind aufgefordert, ihr Ambitionslevel nachzuschärfen. Nur so kann langfristig ein globales Level Playing Field entstehen.

## 2 Abkehr von fossilen Brennstoffen

### Klimagipfel sendet wichtiges Signal für internationalen Klimaschutz

Bereits im Vorfeld der 28. UN-Klimakonferenz wurden zahlreiche Berichte publiziert, die zeigen, dass das derzeitige Klimaschutzengagement der Staaten für die Einhaltung des 1,5-Grad-Ziels nicht ausreicht (siehe Kapitel 1). Die Abkehr von Kohle, Erdöl und Gas war vor diesem Hintergrund einer der größten Diskussionspunkte der Konferenz, zumal diese in einem Erdölstaat stattfand.

#### 2.1 Zentrale Ergebnisse der G7- und G20-Treffen im Vorfeld

Zur Vorbereitung der Konferenz fanden diverse Gipfeltreffen statt. Vor allem von den diesjährigen G7- und G20-Treffen gingen wichtige Impulse für die Debatte der globalen Energiewende aus.

Die G7-Staaten verständigten sich im April 2023 in Sapporo erstmals auf einen Ausstieg aus allen fossilen Energieträgern und auf gemeinsame Ziele für den Ausbau erneuerbarer Energien. So sollen in den G7-Staaten (Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, Kanada und die USA) und der EU bis zum Jahr 2030 Offshore-Windanlagen mit einer Kapazität von 150 Gigawatt zugebaut werden. Die Kapazitäten für Photovoltaikanlagen in den G7 und der EU sollen auf ein Terawatt ansteigen.

Beim G20-Gipfel im September 2023 in Neu-Delhi einigten sich die Staats- und Regierungschefs darauf, bis 2030 eine Verdreifachung der weltweiten Erneuerbaren-Energien-Kapazitäten anzustreben. Ferner bekannten sie sich zur Notwendigkeit, den Höhepunkt der globalen Emissionen vor dem Jahr 2025 zu erreichen.

#### 2.2 Beschlüsse der UN-Klimakonferenz in Dubai zur Energiewende

Im Abschlussdokument des Gipfeltreffens, der *Global Stocktake Decision*, werden erstmals alle Staaten zu einer Abkehr („transitioning away“) von fossilen Brennstoffen aufgefordert. Die Aktivitäten zur Abwendung von Kohle, Öl und Gas sollen bis 2030 beschleunigt werden. Bis 2050 sollen Netto-Null-Emissionen erreicht werden.

Des Weiteren sollen die Vertragsstaaten folgende Maßnahmen vorantreiben:

- Verdreifachung der globalen Kapazitäten erneuerbarer Energien und Verdopplung der Steigerungsrates bei der Energieeffizienz bis 2030
- Erhebliche Minderung von Methan- und weiteren Nicht-CO<sub>2</sub>-Emissionen bis 2030
- Verringerung der Kohleverbrennung ohne CO<sub>2</sub>-Abscheidung und Speicherung

## Abkehr von fossilen Brennstoffen

- Förderung emissionsarmer und Nullemissions-Technologien wie die Abscheidung und Speicherung oder Nutzung von CO<sub>2</sub>, eine kohlenstoffarme Wasserstoffproduktion, erneuerbare Energien und Kernenergie
- Minderung der Emissionen des Straßenverkehrs, u. a. durch die Entwicklung von emissionsarmen und -freien Fahrzeugen
- Abbau ineffizienter Subventionen für fossile Brennstoffe

Sogenannte Übergangsbrennstoffe – sprich Erdgas – sollen die Energiewende vereinfachen können, indem sie Versorgungssicherheit sicherstellen.

## Hinweis

---

Mit der Abschlusserklärung werden die Staaten lediglich *aufgefordert*, einen Beitrag zu den aufgeführten Maßnahmen zu leisten – *unter Berücksichtigung der unterschiedlichen nationalen Gegebenheiten, Pfade und Ansätze*. Verbindliche absolute Ausbauziele oder Minderungsvorgaben werden in dem Dokument nicht genannt. Die eher schwachen Formulierungen und auch die Zulassung von Gas als Übergangsbrennstoff lassen den Staaten folglich einen großen Umsetzungsspielraum.

---

## 2.3 Bewertung der vbw

Der Abschlusstext erkennt an, dass ein Mix aus Technologien erforderlich ist, damit das 1,5-Grad-Ziel eingehalten wird. Dies ist ausdrücklich zu begrüßen. Die gelisteten Maßnahmen müssen nun von allen Staaten umgesetzt werden. Die Expertise unserer deutschen und bayerischen Unternehmen kann einen wesentlichen Beitrag zur weltweiten Emissionsminderung leisten. Wir müssen die Innovationsführerschaft bei klimafreundlichen Technologien übernehmen.

## 3 Klimafinanzierung

### Neue Finanzierungszusagen für Klimaschutz und Klimaanpassung

Während des Gipfeltreffens in Dubai sagten einige Staaten, darunter auch Deutschland, zusätzliche Mittel für die Klimafinanzierung zu. Deutschland hat u. a. 100 Millionen US-Dollar für den *Loss and Damage Fund* sowie 60 Millionen Euro für den Anpassungsfonds angekündigt.

#### 3.1 Lösungen für den Umgang mit klimabedingten Schäden und Verlusten

In Sharm El Sheikh einigte sich die Staatengemeinschaft auf die Schaffung eines eigenen Fonds für den Umgang mit Schäden und Verlusten (*Loss and Damage*) infolge des Klimawandels. Dieser soll besonders vulnerablen und schwer betroffenen Entwicklungsländern Gelder zur Bewältigung von klimawandelbedingten Schäden und Verlusten bereitstellen. Zur Finanzierung des Fonds sollen neue und innovative Ansätze entwickelt werden.

In Dubai sollte u. a. beschlossen werden, welche Staaten in den Fonds einzahlen müssen. Bereits am ersten Tag des Gipfeltreffens wurde die Struktur des Fonds verabschiedet. Dieser wird vorerst bei der Weltbank angesiedelt. Die Vereinigten Arabischen Emirate und Deutschland sagten für den Fonds einen Beitrag von je 100 Millionen US-Dollar zu. Großbritannien versprach 75 Millionen US-Dollar, die USA 17,5 Millionen US-Dollar und Japan 10 Millionen US-Dollar. Bis zum Ende des Gipfels wurden 792 Millionen US-Dollar für den Fonds zugesagt.

#### 3.2 Weitere Zusagen für die Klimafinanzierung

Die Staatengemeinschaft hat sich zum Ziel gesetzt, ab 2020 jährlich 100 Milliarden US-Dollar für Klimaschutz und Klimaanpassung zu mobilisieren. Nach einem Bericht der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) wurden von den Industriestaaten im Jahr 2021 rund 89,6 Milliarden US-Dollar für die Klimafinanzierung bereitgestellt. Dies entspricht einem Anstieg um rund acht Prozent gegenüber dem Vorjahr. Dennoch bleibt eine Lücke von rund 11 Milliarden US-Dollar zum 100 Milliarden US-Dollar-Ziel für 2020 bestehen. In ihrem Bericht teilt die OECD mit, dass das 100 Milliarden-US-Dollar-Ziel gemäß vorläufiger und noch unbestätigter Daten wahrscheinlich 2022 erreicht wurde.

Nach dem OECD-Bericht flossen von den 2021 mobilisierten Geldern rund 60 Prozent in Klimaschutzprojekte, 27 Prozent in Klimaanpassungsprojekte und rund 13 Prozent in übergreifende Projekte. Um dieses Ungleichgewicht zu adressieren, wurden die Geberländer bereits in Glasgow aufgefordert, bis 2025 die Finanzierungsmittel für die Klimaanpassung gegenüber 2019 zu verdoppeln. Dies entspricht einer Steigerung von rund 20,3 auf rund

40,6 Milliarden US-Dollar. Im Jahr 2021 wurden 24,6 Milliarden für die Klimaanpassung bereitgestellt. Für die Zeit ab 2025 soll ein neues Klimafinanzierungsziel festgelegt werden.

Als zentrales Werkzeug für die internationale Klimafinanzierung fungiert der Green Climate Fund (GCF). Die Mittel des Fonds fließen jeweils zur Hälfte in Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen. Bis dato wurden 243 Projekte mit einem Volumen von 13,5 Milliarden US-Dollar bewilligt. Im Jahr 2019 startete die erste, im Juli 2022 die zweite Runde zur Wiederauffüllung des Fonds.

In der ersten Wiederauffüllungsrunde wurden insgesamt 9,9 Milliarden US-Dollar für den GCF zugesagt. Deutschland zählt mit Frankreich, dem Vereinigten Königreich, Japan und Schweden zu den größten Geberländern (siehe Abbildung 5).

Abbildung 5

Die größten Geberländer für die erste Wiederauffüllung des Green Climate Fund

**Zusage in Mio. US-Dollar**



Quelle: Eigene Darstellung gemäß Angaben des Green Climate Fund (Stand: 08. Dezember 2023)

Die bestätigten Zusagen für die zweite Wiederauffüllungsrunde entsprechen einem Betrag von 2,3 Milliarden US-Dollar. Davon hat allein Deutschland 2,2 Milliarden US-Dollar zugesagt. In Dubai kündigten mit Australien, Estland, Italien, Portugal, der Schweiz und den Vereinigten Staaten sechs Länder neue Finanzierungsbeiträge in Höhe von insgesamt 3,5 Milliarden US-Dollar für die zweite Wiederauffüllungsrunde an.

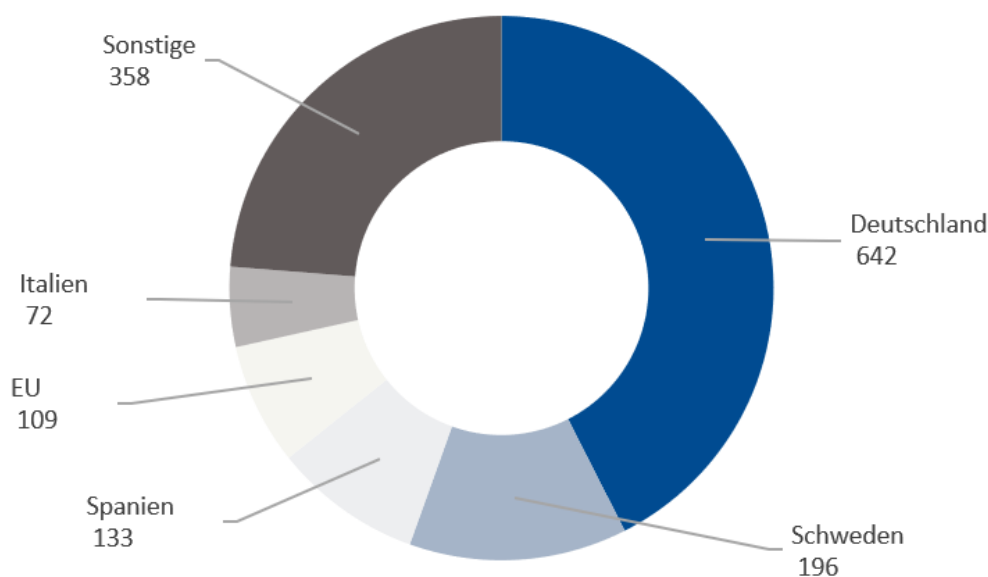
Der Anpassungsfonds zielt darauf ab, Projekte in Entwicklungsländern zu finanzieren, die besonders stark vom Klimawandel betroffen sind. Seit 2010 wurden aus dem Fonds 998 Millionen US-Dollar für 139 Anpassungsprojekte bereitgestellt. Bis dato wurden rund 1,5 Milliarden US-Dollar in den Fonds eingezahlt. Deutschland ist mit einem Beitrag von rund 642 Millionen US-Dollar der größte Unterstützer des Fonds (siehe Abbildung 6).

In Dubai wurden rund 192 Millionen US-Dollar für den Anpassungsfonds zugesagt. Deutschland hat weitere 60 Millionen Euro angekündigt. Auch Österreich, Schweden, Spanien, Frankreich, Dänemark und weitere Staaten sagten neue Mittel für den Fonds zu.

Abbildung 6

Die größten Geberländer des Anpassungsfonds

**Zusage in Mio. US-Dollar**



Quelle: Eigene Darstellung gemäß Angaben der Weltbank (Stand: 15. Dezember 2023)

Auch für den *Least Developed Country Fund* und den *Special Climate Change Fund (SCCF)* wurden in Dubai neue Finanzmittel in Höhe von insgesamt 179 Millionen US-Dollar zugesagt.

Die Klimafinanzierungsversprechen sind ausschlaggebend für das Ambitionslevel der Klimaschutzbeiträge der ärmeren Entwicklungsländer. Diese unterscheiden in ihren NDCs meist zwischen den Klimazielen, die mit eigenen Mitteln erreichbar sind, und den Klima-beiträgen, die sie nur realisieren können, wenn sie eine externe finanzielle Unterstützung erhalten.

### 3.3 Bewertung der vbw

Die Fortschritte beim *Loss and Damage Fund* sind zu begrüßen. Alle großen Emittenten und damit auch China müssen Gelder für den Fonds bereitstellen.

Bei der Klimafinanzierung müssen alle Staaten einen fairen Beitrag leisten. Deutschland hat allein im Jahr 2022 mehr als sechs Milliarden Euro für die internationale Klimafinanzierung bereitgestellt und zählt damit zu den größten Geberländern. Andere Länder wie China oder die Golfstaaten müssen auch einen angemessenen Finanzierungsbeitrag leisten. Dass das 100 Milliarden US-Dollar-Ziel voraussichtlich 2022 erreicht wurde, ist zu begrüßen. Vor allem für die Klimaanpassung und den Umgang mit klimabedingten Schäden und Verlusten müssen jedoch neue Finanzierungszusagen erfolgen. Zudem muss die Ausgestaltung des Klimafinanzierungsziels für die Zeit ab 2025 bei der nächsten UN-Klimakonferenz finalisiert werden.

## 4 Globaler Marktmechanismus für den Klimaschutz

### Wichtige Detailfragen weiter offen

#### 4.1 Inhalt des Weltklimavertrags und Funktionsweise

Artikel 6.4 des Weltklimavertrages sieht die Schaffung eines internationalen Marktmechanismus vor, der zu einer allgemeinen Minderung der globalen Treibhausgasemissionen und gleichzeitig zu einer nachhaltigen Entwicklung beitragen soll. Bei der UN-Klimakonferenz im Jahr 2021 gelang es, einen Standard für die Anwendung des Mechanismus zu verabschieden.

Das Instrument soll ermöglichen, dass Staaten Emissionsminderungen, die in einem anderen Land realisiert werden, in ihrem eigenen Klimaziel berücksichtigen dürfen. Beispielsweise kann ein Staat in ein Solarkraftwerk im Ausland investieren, wodurch dort weniger fossile Brennstoffe eingesetzt werden. Für die vermiedene Menge an Emissionen erhält der Investorstaat Gutschriften, die er auf seine eigene Treibhausgasbilanz und damit auf sein eigenes Klimaziel anrechnen kann.

Der Mechanismus bietet die Möglichkeit, Klimaschutztechnologien in Länder zu transferieren, denen es an technischem Know-how und eigenen Finanzmitteln mangelt. Den investierenden Staaten ermöglicht er, Emissionen dort einzusparen, wo dies am kostengünstigsten möglich ist.

Auch für Unternehmen bietet das Instrument Chancen: Der Mechanismus kann diese bei der Umsetzung ihrer betrieblichen Klimastrategien unterstützen. Die Gutschriften, die unter dem neuen Marktmechanismus generiert werden, sollen perspektivisch auch auf dem freiwilligen Markt für die Kompensation gehandelt werden können. Damit könnten auch Unternehmen die Gutschriften nutzen, um anderweitig nur schwer oder gar nicht vermeidbare Emissionen zu kompensieren.

In Dubai sollten die technischen Feinheiten zur Anwendung des globalen Marktmechanismus ausgearbeitet werden, um den Marktmechanismus arbeitsfähig zu machen. Es gelang allerdings nicht, wichtige Details zur Operationalisierung des Mechanismus zu klären. Uneinigkeit herrschte u. a. zu den Berichterstattungspflichten (z. B. Offenlegung von Informationen über die Entstehung und Nutzung der Gutschriften). Vor allem die EU hatte sich für umfassende Transparenzvorschriften ausgesprochen. Andere Staaten wie die USA forderten weniger strenge Vorgaben. Auch zu den Leitlinien für Projekte zu CO<sub>2</sub>-Entnahmen (Carbon Removals) konnte keine Einigung erzielt werden. Hierbei ging es unter anderem um die Frage, wie eine Dauerhaftigkeit der CO<sub>2</sub>-Entnahmen gewährleistet werden kann.

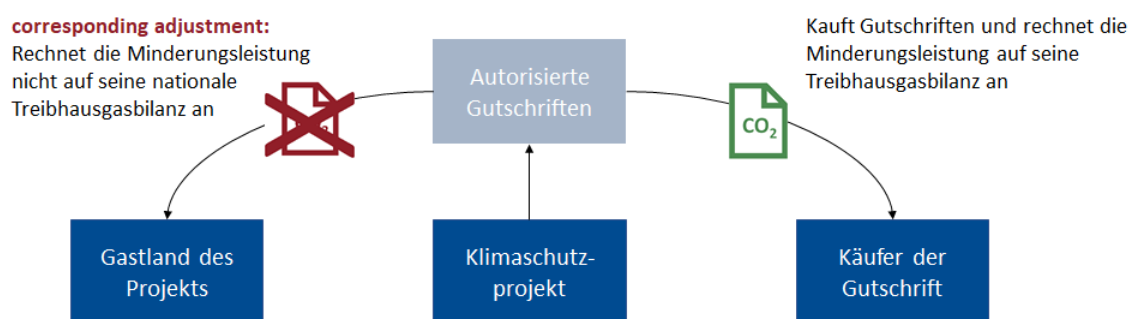
Ferner ist weiter offen, wie sog. *Autorisierungen* von Gutschriften erfolgen sollen. Bei *autorisierten Gutschriften* genehmigt das Gastland, dass die durch das Projekt erzielte



Emissionsminderung auf den Käufer der Gutschriften übertragen wird. Im gleichen Zuge verpflichtet sich das Gastland, die im Rahmen des Projekts erzielte Emissionsreduktion nicht in seiner eigenen Emissionsbilanz zu berücksichtigen und nicht für die Erfüllung seiner NDC zu nutzen. Die Treibhausgasbilanz des Gaststaates wird entsprechend angepasst. Diese Anpassung bezeichnet man als *corresponding adjustment* (siehe Abbildung 6). Hierdurch wird eine doppelte Anrechnung von Emissionsminderungen aus einem Projekt vermieden.

Abbildung 6

### Autorisierte Gutschriften mit corresponding adjustment



Quelle: Eigene Darstellung nach Stiftung Allianz für Klima und Entwicklung 2021

Zu den größten Streitpunkten zählte die Frage, ob ein Gastland die Möglichkeit haben soll, eine Autorisierung von Gutschriften zurückzunehmen. Würde ein Rückzug erlaubt, so könnte sich ein Gastland, das sein nationales Klimaziel verschärft, die Emissionsminderung aus dem Projekt doch auf seine eigene nationale Treibhausgasbilanz anrechnen. Im Gegenzug würde dies für den Käufer der Gutschrift bedeuten, dass dieser die erzielte Minderungsleistung nicht mehr auf seine Treibhausgasbilanz anrechnen kann. Damit wäre der Mechanismus faktisch wirkungslos, da keine Planungssicherheit für Käufer bestünde.

## 4.2 Bewertung der vbw

Die technischen Feinheiten zur Anwendung des globalen Marktmechanismus müssen aus Sicht der vbw rasch ausgearbeitet werden, damit entsprechende Gutschriften für den freiwilligen Markt zur Verfügung stehen.

## 5 Klimaclub und neue internationale Initiativen

### Wichtige Fortschritte bei der globalen Zusammenarbeit beim Klimaschutz

#### 5.1 Neue Initiativen in Dubai

In Dubai wurde der von den G7 gegründete *Klimaclub* offiziell gestartet. Der Club soll allen Ländern offenstehen, die sich für eine ambitionierte Umsetzung des Weltklimavertrags einsetzen. Ziel des Clubs ist es, die Dekarbonisierung der Industrie zu beschleunigen und Risiken der Verlagerung von CO<sub>2</sub>-Emissionen in Länder mit weniger ehrgeizigem Klimaschutzengagement zu verringern.

Zwischenzeitlich zählt der Club 37 Mitgliedsstaaten, darunter die G7-Staaten, Argentinien, Chile, Indonesien, Kolumbien, die Schweiz und Südkorea. In Dubai wurden zwei Initiativen des Clubs angekündigt. Diese zielen darauf ab, Entwicklungsländer bei der Transformation ihrer Industrie zu einer Treibhausgasneutralität bis 2050 zu unterstützen:

- Die *Global Matchmaking Platform* soll als zentrale Plattform für Kooperationen mit Entwicklungsländern fungieren. Sie soll bestehende internationale Angebote für technische und finanzielle Unterstützung bei der Dekarbonisierung der Industrie mit den Bedürfnissen der Schwellen- und Entwicklungsländer zusammenbringen.
- Im Rahmen der *Partnership for Net Zero Industry* sollen zunächst fünf Mitgliedsstaaten des Klimaclubs bei der Dekarbonisierung der Schwerindustrie begleitet werden, z. B. durch Hilfestellungen bei der Entwicklung nationaler Transformationspfade zu einer treibhausgasneutralen Industrie bis 2050

Deutschland stellt über die Internationale Klimaschutzinitiative 23 Millionen Euro für die beiden Initiativen zur Verfügung.

Darüber hinaus wurden im Rahmen der 28. UN-Klimakonferenz wieder zahlreiche neue Initiativen lanciert bzw. bestehende Initiativen ausgeweitet:

- *Global Renewables and Energy Efficiency Pledge*  
130 Staaten sagen zu, die weltweiten Erneuerbaren-Energien-Kapazitäten bis 2030 auf 11.000 GW zu verdreifachen und die Steigerungsrate bei der Energieeffizienz auf 4 Prozent pro Jahr zu verdoppeln.
- *Global Cooling Pledge*  
66 Staaten verpflichten sich zu Emissionsminderungen und Effizienzsteigerungen im Zusammenhang mit der Kühlung.
- *Charta zur Dekarbonisierung von Öl und Gas*  
50 Unternehmen aus dem fossilen Sektor, die mehr als 40 Prozent der weltweiten Ölproduktion repräsentieren, sagen u. a. zu, das Abfackeln von Gas bis 2030 zu beenden und die Methan-Emissionen auf *nahe Netto-Null* zu verringern.
- *Initiative zur gegenseitigen Anerkennung von Wasserstoffnormen*  
36 Staaten, darunter Deutschland, Japan, die USA, Kanada und Namibia, erklären, sich

- für eine Harmonisierung technischer Normen einzusetzen, die eine gegenseitige Anerkennung von Zertifizierungssystemen für Wasserstoff und seine Derivate ermöglichen.
- *Powering Past Coal Alliance*  
Weitere Länder bekennen sich zu einem nationalen Kohleausstieg bis in den 2030er Jahren, darunter die USA, Kolumbien, die Vereinigten Arabischen Emirate und Marokko.

## 5.2 Bewertung der vbw

Der offizielle Start des Klimaclubs und die in Dubai gestarteten Initiativen sind zu begrüßen. Sie leisten einen wichtigen Beitrag zum globalen Klimaschutz. Nur durch internationale Kooperation wird es gelingen, ein globales Level Playing Field zu schaffen.

## 6 Ausblick

### Weitere Ambitionssteigerung im Fokus

Die nächste UN-Klimakonferenz findet vom 11. bis 22. November 2024 in Baku, Aserbaidschan, und damit erneut in einem Ölstaat statt. Zu den Kernzielen des Gipfels wird wieder zählen, die Staaten auf Zielkurs in Richtung 1,5-Grad-Ziel zu bringen. Zudem soll das neue Klimafinanzierungsziel für die Zeit ab 2025 festgesetzt werden. Des Weiteren sind die Verhandlungen zum globalen Marktmechanismus fortzuführen und zu einem Abschluss zu bringen.

Bis zur nächsten UN-Klimakonferenz Ende 2024 stehen wieder diverse unterjährige Verhandlungsrunden an. Vom 03. bis 13. Juni 2024 werden die Zwischenverhandlungen in Bonn stattfinden. Deren Fokus liegt in der Regel auf technischen Fragestellungen. Deutschland wird gemeinsam mit Aserbaidschan seinen jährlichen Petersberger Klimadialog ausrichten. Auch von den Gipfeltreffen der G7- und G20-Staaten gehen jeweils wichtige Impulse für die internationale Klimadiplomatie aus. Im Jahr 2024 wird Italien die Präsidentschaft der G7 und Brasilien die Präsidentschaft der G20 übernehmen.

Brasilien wird zugleich Gastgeber der übernächsten UN-Klimakonferenz sein, die für den 10. bis 21. November 2025 angesetzt ist. Bei dieser müssen die Vertragsstaaten des Weltklimavertrags dann ihre Ziele für das Jahr 2035 festsetzen.

## Ansprechpartner/Impressum

---

### Dr. Manuel Schölles

Abteilung Wirtschaftspolitik

Telefon 089-551 78-246

[manuel.schoelles@vbw-bayern.de](mailto:manuel.schoelles@vbw-bayern.de)

### Impressum

Alle Angaben dieser Publikation beziehen sich ohne jede Diskriminierungsabsicht grundsätzlich auf alle Geschlechter.

#### Herausgeber

**vbw**

Vereinigung der Bayerischen  
Wirtschaft e. V.

Max-Joseph-Straße 5  
80333 München

[www.vbw-bayern.de](http://www.vbw-bayern.de)

© vbw Januar 2024

#### Weiterer Beteiligter

co<sub>2</sub>ncept plus – Verband der  
Wirtschaft für Emissionshandel  
und Klimaschutz e. V.

089-55 178-445

[co<sub>2</sub>ncept-plus@vbw-bayern.de](mailto:co2ncept-plus@vbw-bayern.de)